

Beate von Miquel

## Aufbruch in die Demokratie

### Politische Partizipation in evangelischen Frauenverbänden nach 1945

#### 1. Einführung

Frauen stellten nach Ende des Zweiten Weltkriegs die größte Gruppe der wahlberechtigten Bevölkerung. Es überrascht daher kaum, dass ihre politische Orientierung bereits in der frühen Bundesrepublik das wissenschaftliche Interesse auf sich zog. Dabei richtete sich die Aufmerksamkeit der Forschung insbesondere auf die konfessionellen Frauenverbände, denen im Vorfeld der Parteien eine wichtige Brückenfunktion für die politische Meinungsbildung der Wählerinnen und der Rekrutierung von Kandidatinnen zugeschrieben wurde<sup>1</sup>. Zuletzt hat der Historiker Frank Bösch in seiner Arbeit über den Aufstieg der CDU den Frauen attestiert, sie seien „über eine enge Symbiose mit den konfessionellen Frauenverbänden an die Partei angebunden worden“<sup>2</sup>. Im Folgenden soll die geläufige These von der selbstverständlichen Beteiligung der evangelischen Frauenverbände am politischen Leben auf ihre historische Substanz überprüft werden. Wer verbarg sich überhaupt hinter den politisch aktiven konfessionellen Frauenorganisationen, die nach 1945 immerhin 43 Verbände umfassten? Wie entwickelte sich deren politische Partizipation bis in die 1970er Jahre und wie gestaltete sich ihr Verhältnis zu den Parteien?

#### 2. Erfahrungsbildung in der Weimarer Republik

Seit Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1918 erweiterten die konfessionellen Frauenverbände ihre traditionellen religiösen und caritativen Aufgabengebiete um intensive politische Aktivitäten. Im evangelischen Raum galt dies insbesondere für die beiden mitgliederstärksten evangelischen Frauenverbände, den Deutsch-

---

<sup>1</sup> Vgl. Gabriele Bremme, *Die politische Rolle der Frau in Deutschland*, Göttingen 1956, S. 92f.

<sup>2</sup> Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Volkspartei 1945–1969*, Stuttgart u.a. 2001, S. 301.

Evangelischen Frauenbund (DEF) und die Evangelische Frauenhilfe (EFH). Im 1899 gegründeten DEF, der sich als einzige evangelische Frauenorganisation zu den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung bekannte, gehörte die politische Bildungsarbeit zu den primären Vereinszielen. Um zur politischen Meinungsbildung seiner überwiegend akademisch gebildeten, bürgerlichen Klientel beizutragen, veranstaltete der Frauenbund an seinem Sitz in Hannover unter anderem politische Schulungen und Rednerinnen-Seminare. Anders als im DEF spielte die politische Bildungsarbeit im größten evangelischen Frauenverband in Deutschland, der 1899 gegründeten Evangelischen Frauenhilfe, keine vorrangige Rolle. Hier beförderten jedoch die evangelischen Pfarrer, denen traditionell sämtliche Leitungspositionen vorbehalten waren, die politische Meinungsbildung der meist aus kleinbürgerlichen Schichten stammenden Mitglieder<sup>3</sup>.

Ihre politische Heimat fanden die evangelischen Frauenverbände in den Weimarer Jahren zumeist in der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP), deren nationalkonservative, monarchistische und antisemitische Programmatik den Verbänden die erhoffte Bewahrung christlicher Werte versprach. Führende Verbandsvertreterinnen beteiligten sich daher an der Gründung lokaler DNVP-Gruppen und durchliefen beachtliche Parteikarrieren. Paula Mueller-Otfried (1865–1946), Mitbegründerin des DEF, vertrat seit 1920 die DNVP im Reichstag. Magdalene von Tiling (1877–1974), die sich seit 1906 im Vorstand des Verbands evangelischer Religionslehrerinnen engagierte und 1923 Vorsitzende der Vereinigung Evangelischer Frauenverbände wurde, zog 1921 für die DNVP in den Preußischen Landtag ein. Neun Jahre später errang sie ein Reichstagsmandat. Beide stiegen zu Mitgliedern des Reichsfrauenausschusses der DNVP auf, von Tiling wurde zudem als Mitglied in das Präsidium des Evangelischen Reichsausschusses der Partei berufen; sie zeigte sich gegen Ende der Weimarer Jahre für einen Anschluss der DNVP an die NSDAP aufgeschlossen<sup>4</sup>.

---

<sup>3</sup> Vgl. Andrea Süchting-Hänger, *Das „Gewissen der Nation“*. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002, S. 38–42.

<sup>4</sup> Vgl. Gury Schneider-Ludorff, *Magdalene von Tiling. Ordnungstheologie und Geschlechterbeziehungen*. Ein Beitrag zum Gesellschaftsverständnis des Protestantismus in der Weimarer Republik, Göttingen 2001, S. 38–43.

### 3. Demokratischer Neuanfang

Nach Ende des NS-Regimes konnten die evangelischen Frauenverbände an diese politische Tradition nicht wieder anknüpfen, da die Alliierten deutschnationale Parteigründungen verboten<sup>5</sup>. Überdies nahmen die früheren Spitzenfunktionärinnen der evangelischen Frauenverbände 1945 ihr parteipolitisches Engagement nicht wieder auf: Mueller-Otfried starb im Januar 1946, von Tiling konzentrierte sich seit Kriegsende auf ihre theologischen und pädagogischen Arbeiten. Angesichts der offensichtlichen Notwendigkeit einer personellen und inhaltlichen Neuausrichtung der politischen Arbeit stellte sich die Aufbruchsstimmung, die seit Kriegsende viele andere Frauenorganisationen erfasste, in den evangelischen Verbänden nicht ein. Dies lag nicht zuletzt an den im Protestantismus verbreiteten antidemokratischen Affekten, die das Interesse der evangelischen Frauenverbände an eigener politischer Partizipation nach 1945 erst einmal sinken ließen<sup>6</sup>. Politische Fragen schienen den evangelischen Frauen weithin als etwas „Undefinierbares“ oder „Rätselhaftes“. Solche Stereotype konnten auch mit dem Hinweis auf den wichtigen Beitrag der Frauen zum „Wohl der Familie und des Volkes“ nicht entkräftet werden<sup>7</sup>. Darüber hinaus kultivierten die Frauenorganisationen in den ersten Nachkriegsjahren eine grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber dem Parteiensystem, von der auch die neu gegründete CDU, die sich als christlich fundierte interkonfessionelle Sammlungspartei zu profilieren suchte, zunächst nicht ausgenommen war.

Diese Reserve stand in eigentümlichem Gegensatz zum politischen Aktionismus, den die evangelischen Frauenverbände noch zu Beginn der Weimarer Jahre an den Tag gelegt hatten. Indes versuchten nach Ende des Zweiten Weltkriegs die von den Alliierten neu zugelassenen Parteien die entstandene Lücke zu schließen. Auf der Suche nach Wählerinnen gingen insbesondere CDU, SPD und FDP früh auf die evangelischen Frauenorganisationen zu. Nachdem die im Protestantismus verbreiteten Bedenken über die Bedeutung des christlichen Elements in der CDU weitgehend ausgeräumt waren, hatten die Christdemokraten in den strukturell

---

<sup>5</sup> Vgl. Michael Klein, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005, S. 90.

<sup>6</sup> Vgl. Ingeborg Geisendörfer, *Das Ja zum Staat*, in: *Neue Evangelische Frauenzeitung* 4 (1957), S. 6. Klein, *Protestantismus*, S. 102 und S. 447.

<sup>7</sup> A. L. Vitzthum, *Bundestagswahlen – eine Angelegenheit der Frauen?*, in: *Mitteilungen des DEF* 1 (1953), S. 2.

konservativ ausgerichteten evangelischen Frauenverbänden schließlich großen Erfolg. Sie warben unter den organisationserfahrenen Verbandsfrauen Mitglieder, Multiplikatorinnen oder politisch zuverlässige Mitarbeiterinnen an und suchten auf diese Weise bis Ende der 1960er Jahre ihre Wahlerfolge in der weiblichen Wählerschaft abzusichern<sup>8</sup>.

Motiviert durch die intensiven Werbemaßnahmen der Parteien konnte die Tradition politisch-parlamentarischen Engagements der evangelischen Frauenverbände letztlich wieder aufgenommen werden. Auffällig ist, dass in die ersten parlamentarischen Vertretungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene vermehrt Mitglieder der Frauenhilfe einzogen und der Deutsche Evangelische Frauenbund seinen parlamentarischen Alleinvertretungsanspruch – den er in den Weimarer Jahren gegenüber der Frauenhilfe vehement verteidigt hatte – einbüßte. So eröffnete die aus den nationalprotestantischen Hypothesen resultierende politische Orientierungsphase des DEF letztlich neue Partizipationschancen für mitgliederstarke Verbände wie die Frauenhilfe. Schlüsselt man etwa die Mandatsträgerinnen des deutschen Bundestags nach Verbandszugehörigkeit auf, so lassen sich mindestens vier Abgeordnete ermitteln, die zwischen 1949 und 1957 in das Bonner Parlament einzogen und ihre primäre politische Sozialisation in der Frauenhilfe erfahren hatten: Julie Rösch (1902–1984), Emmi Welter (1887–1971), Margarete Engländer (\*1895) sowie Viktoria Steinbiss (1892–1971) (alle CDU). Aus den Reihen des DEF kamen Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986; CDU) und ab 1961 Liselotte Funcke (\*1918; FDP)<sup>9</sup>.

Die genauen Motive für das neue politische Interesse der Frauenhilfe-Vertreterinnen sind unklar, doch scheint sich – vermutlich unter dem Eindruck des Kirchenkampfs und der anhaltenden Auseinandersetzungen um den Erhalt der caritativen Einrichtungen während der NS-Zeit – ein Perspektivwechsel in der Frage der Akzeptanz politischen Engagements von Frauen ergeben zu haben. So ist es sicherlich kein Zufall, dass die ersten Bundestagsabgeordneten jenen regionalen Verbänden entstammten, die zwischen 1933 und 1945 im Brennpunkt kirchenpolitischer Auseinandersetzungen gestanden und so zu einem erhöhten politischen Selbstbewusstsein

---

<sup>8</sup> Beispiele etwa für Württemberg finden sich im LKA Stuttgart, K 6, Nr. 195.

<sup>9</sup> Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.), *Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949–1993*, Bonn 1993.

gefunden hatten: Rheinland und Westfalen<sup>10</sup>. Überdies besaßen angesichts der enormen gesellschaftlichen Aufwertung der Hausfrau und Mutter in der Nachkriegszeit nun auch die klassischen Themen der Frauenhilfe, darunter die Müttergenesungsarbeit, die Gestaltung der Mütterschulungsarbeit, Verbraucherfragen, die Förderung der Mädchenbildung, kulturpolitische Fragen oder die Integration der Vertriebenen in die bundesrepublikanische Gesellschaft im politischen Tagesgeschäft eine erhöhte Relevanz. Ihre langjährigen Erfahrungen auf diesen Arbeitsfeldern und die durch das Subsidiaritätsprinzip fundierte duale Struktur des Sozialstaats ließen die Frauenhilfe seit den 1950er Jahren schließlich zu einem begehrten Projektpartner im Bereich der Sozial- und Familienpolitik aufsteigen<sup>11</sup>.

Darüber hinaus bemühte sich der Dachverband sämtlicher evangelischer Frauenverbände, die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland (EFD), seit 1949 intensiv darum, die evangelischen Parlamentarierinnen optimal zu unterstützen und einschlägige Gesetzesvorhaben auf Bundesebene aktiv mitzugestalten. Dass das zu diesem Zweck ins Leben gerufene Gremium, der so genannte Rechtsausschuss, nun nicht mehr – wie noch in den Weimarer Jahren – beim DEF angesiedelt wurde, manifestierte den Einflussverlust des Verbands weiter. Auch wenn die Initiatorin des Ausschusses, die Frankfurter Oberkirchenrätin Elisabeth Schwarzhaupt<sup>12</sup>, die Neuansiedlung stets formal damit begründete, nur ein Dachverband könne die Interessen der verschiedenen evangelischen Verbände in den politischen Gremien sinnvoll vertreten, war offensichtlich, dass beim Zuschnitt des Rechtsausschusses neue politische Leitbilder im Vordergrund standen. Dazu zählte insbesondere die Kommission zur „Zusammenarbeit von Mann und Frau in Kirche und Gesellschaft“, die 1948 auf der Ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Amsterdam ins Leben gerufen worden war und in den protestantischen

---

<sup>10</sup> Vgl. Reinhard Schmeer, *Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und Union in den ersten Nachkriegsjahren*, Köln 2001, S. 249 und S. 256ff.

<sup>11</sup> Vgl. Beate von Miquel, *Jenseits von Kindern, Küche, Kirche. Das familienpolitische Handeln der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen in den sechziger und siebziger Jahren*, in: Bernd Hey/Volker Wittmütz (Hrsg.), 1968 und die Kirchen, Bielefeld 2008, S. 167-184.

<sup>12</sup> Vgl. Hessische Landesregierung (Hrsg.), *Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin*, Freiburg i.Br. 2001, S. 73f.

Kirchen zu einer erhöhten Sensibilität für die gesellschaftliche Rolle der Frau führte<sup>13</sup>.

Schwarzhaupt, die der ökumenischen Kommission selbst angehörte, formte in deren Windschatten den Rechtsausschuss der EFD zu einer Art Think-Tank für die Modernisierung der Familien- und Frauenpolitik. Das aus sieben Juristinnen und Theologinnen bestehende Gremium erarbeitete zahlreiche juristische Stellungnahmen und Gutachten zu Gesetzesreformen im Bereich des Ehe- und Familienrechts, des Adoptionsrechts, des Gesundheitswesens, der Gleichberechtigung der Frau in der Arbeitswelt, der Strafrechtsreform sowie des Paragrafen 218. Während die Gutachten besonders im politischen Raum bis in die 1970er Jahre auf breite Akzeptanz stießen – hier wirkte sicherlich auch Schwarzaupts politische Karriere als Bundestagsabgeordnete und erste Bundesministerin unterstützend –, trafen sie in der Amtskirche meist auf nur geringe Resonanz.

#### **4. Politische Bildungsarbeit der evangelischen Frauenverbände**

Welche Herausforderung es allerdings nach Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete, nicht nur vereinzelt Funktionärinnen, sondern auch einfache Mitglieder evangelischer Frauenorganisationen zu politischem Engagement zu bewegen, zeigten die permanenten Klagen über das unzureichende politische Interesse der evangelischen Frauen<sup>14</sup>. Mit Blick auf die katholischen Frauenorganisationen kam die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Else Brökelschen (CDU) 1952 zu einer ernüchternden Bilanz:

„Die politische Urteilslosigkeit ist bei den evangelischen Frauen viel weiter verbreitet als bei den katholischen [...]. In den katholischen Verbänden beraten die Frauen bis hinunter in die Ortsgruppen die wichtigen Gesetzentwürfe und erarbeiten Entschlüsse und Stellungnahmen von ihrer katholischen Grundauffassung her. All das steckt bei uns noch in den Anfängen.“<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Kathleen Bliss, *Frauen in den Kirchen der Welt*, Nürnberg 1954, S. 7.

<sup>14</sup> AddF, DEF, K-16, A 2 a II, Hildegard Ellenbeck: Bericht über die Zeit vom 18. 10. 1952–26. 1. 1953; Emmi Welter, *Ausblick auf das Jahr 1962*, in: *Neue Evangelische Frauenzeitung* 1 (1962), S. 10.

<sup>15</sup> Else Brökelschen, *Staatsbürgerliche Verantwortung*, in: *Mitteilungen des DEF* 1 (1952), o. S. Vgl. auch das druckfertige Aufsatzmanuskript von Andreas Henkelmann, „Die christlichen Frauen müssten jetzt ihre Aufgabe im politischen Leben erkennen.“ *Konfession, politische Partizipation und Geschlecht am Beispiel des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Münster*.

Die harsche Kritik der Abgeordneten war durchaus berechtigt. Tatsächlich waren in den evangelischen Frauenverbänden die bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs angebotenen staatsbürgerlichen Schulungs- oder „Vorständetagungen“ nach 1945 nicht wieder aufgenommen worden – obgleich die Alliierten die Arbeit der evangelischen Frauenverbände mit großem Wohlwollen betrachteten, eine intensive politische Beteiligung von Frauen anstrebten und daher allen wieder zugelassenen Organisationen finanzielle Mittel für politische Bildungsarbeit zur Verfügung stellten<sup>16</sup>. Aller materiellen und ideellen Unterstützung zum Trotz beschränkten sich die evangelischen Frauenverbände auf Aufrufe, in denen sie ihre Mitglieder ermahnten, etwa bei Bundestagswahlen ihrer „staatsbürgerlichen Pflicht“ nachzukommen und auf diese Weise am politischen Leben zu partizipieren<sup>17</sup>.

Erst 1952 nahm der DEF – unter massivem Druck evangelischer Parlamentarierinnen – die staatsbürgerliche Lehrgangsarbeit an seinem Sitz in Hannover sowie in einzelnen Landesverbänden in enger Kooperation mit den evangelischen Akademien wieder auf. Die neu installierte Bildungsarbeit zielte in einem ersten Schritt darauf, politische Diskussionen in den eigenen Reihen zu fördern. Seit Mitte der 1950er Jahre formulierte der Verband darüber hinaus als zentrales Ziel seiner Schulungsarbeit, Frauen auf die Übernahme von politischen Mandaten oder Ämtern in Kirche, Parteien und Verbänden vorzubereiten<sup>18</sup>.

Dies entsprach im Wesentlichen der Intention der staatsbürgerlichen Schulungsarbeit des DEF aus den Weimarer Jahren. Im Unterschied dazu öffnete der Verband seine Schulungsarbeit nun aber prinzipiell für alle politischen Strömungen. Schließlich definierte sich der DEF – nach dem Vorbild der Evangelischen Kirche in Deutschland – seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs als überparteiliche Organisation<sup>19</sup>. Allerdings zeigte sich rasch, dass der Verband das selbst auferlegte Gebot der parteipolitischen Neutralität nicht befolgte. Vielmehr suchte der strukturell konservativ ausgerichtete DEF nun aktiver als bisher die engere Zusammenarbeit mit dem

---

<sup>16</sup> Vgl. Robert Scheiber/Marianne Grunwald/Carol Hagemann-White, Frauenverbände und Frauenvereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart u.a. 1996, S. 8.

<sup>17</sup> Darunter: Bundestagswahl am 15. September 1957, in: Neue Evangelische Frauenzeitung 6 (1957), S. 4.

<sup>18</sup> Vgl. Ilse Haun, Was tut der Deutsch-Evangelische Frauenbund heute?, in: Neue Evangelische Frauenzeitung 3 (1965), S. 69; AddF, DEF, K-16, A 10c (8), Juli 1958–Juli 1962, Unsere staatsbürgerliche Lehrgangsarbeit (Stand: Herbst 1956).

<sup>19</sup> Vgl. Haun, Frauenbund, S. 65; Klein, Protestantismus, S. 119f.

christdemokratischen Lager. So kamen in der vom DEF herausgegebenen „Neuen Evangelischen Frauenzeitung“ fast ausschließlich Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion zu Wort. Auch auf den bildungspolitischen Seminaren des DEF berichteten vorwiegend Politikerinnen des konservativen oder gelegentlich liberalen Spektrums über ihre parlamentarische Arbeit. Freilich erwartete der DEF für sein Engagement im Vorfeld der CDU auch Gegenleistungen: Als Ausgleich für die Wiederaufnahme der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit und seine politische Ausrichtung forderte der DEF von der CDU Mandate auf allen parlamentarischen Ebenen für „bewährte Persönlichkeiten“ aus den evangelischen Frauenverbänden<sup>20</sup>.

Wie gestalteten sich die staatsbürgerlichen Seminare des DEF nun konkret? In den Veranstaltungen, die sich über drei bis fünf Tage erstreckten, wurden zunächst grundlegende Informationen über den Aufbau der Verfassung und der politischen Organe in der Bundesrepublik vermittelt. Beinahe mit Erstaunen hatte der DEF festgestellt, die Kenntnisse darüber seien „durchweg gering“<sup>21</sup>. Un erwähnt blieb dabei jedoch, dass auch der Beitrag der evangelischen Kirche zur Demokratisierung, etwa bei der Entstehung des Grundgesetzes, kaum sichtbar gewesen war. Zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Tagungen gehörten überdies rhetorische Trainings sowie Rundgespräche mit weiblichen Bundes- sowie Landtagsabgeordneten, die die Teilnehmerinnen zuweilen zu eigenem politischen Engagement motivierten. Flankiert durch Bibelarbeiten deckten die Seminare ein breites thematisches Spektrum ab, das vom Ehe- und Familienrecht, dem Jugendschutz, der Gleichberechtigung der Frau, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen bis hin zur Außen- und Verteidigungspolitik reichte.

Einen besonderen Stellenwert besaß die Beschäftigung mit der deutschen Teilung. Grundsätzlich verstand sich der DEF auch nach 1949 weiterhin als gesamtdeutscher Verband, der zur Unterstützung seiner Arbeit in den östlichen Landesverbänden sowie zur Ausrichtung deutsch-deutscher Tagungen Zuwendungen aus den Töpfen verschiedener Ministerien und der Bundeszentrale für politische Bildung erhielt. Die bis zum Mauerbau 1961 zumeist jährlich in Berlin stattfindenden, danach in der Regel als Privatbesuche getarnten Veranstaltungen besaßen dabei verschiedene Funktionen. So ließ sich an die Tradition jener antikommunistischen Ressenti-

---

<sup>20</sup> AddF, DEF, K-16, Q 3, Parteien, Politische Akademie Eichholz an Haun vom 10. 12. 1957.

<sup>21</sup> AddF, DEF, K-16, A 10c (8), Juli 1958–Juli 1962, Unsere staatsbürgerliche Lehrgangsarbeit (Stand: Herbst 1956).

ments, die der DEF bereits in den Weimarer Jahren intensiv gepflegt hatte, anknüpfen, wenn etwa in Referaten die „Sowjetpädagogik der Gegenwart“ der „Erziehung zur Freiheit“ gegenübergestellt wurde. In der Bundesrepublik sollten die regelmäßigen Berichte über die „Verhältnisse in Mitteldeutschland“, der persönliche Anblick der Grenzanlagen und die zuweilen scharfen Grenzkontrollen überdies die Integration in das demokratische System fördern, für das sich der Protestantismus noch immer schwer zu erwärmen vermochte<sup>22</sup>. Im östlichen Teil Deutschlands dienten die Besuche dagegen vorwiegend der Aufrechterhaltung deutsch-deutscher Kontakte zwischen den Frauenverbänden, dem Austausch über die politische Situation in der DDR sowie der religiösen Stärkung der ostdeutschen Frauen.

### 5. Politische Bildungsarbeit in der Krise

In den vier Jahren von 1952 bis 1956 durchliefen am Sitz des DEF in Hannover und am zweiten Tagungsort Berlin etwa 400 Frauen die staatsbürgerlichen Schulungen; in den folgenden Jahren stabilisierte sich die jährliche Teilnehmerinnenzahl bei etwa 100 bis 120. Während der Anteil erwerbstätiger Ehefrauen in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1970 von 19 auf beinahe 50 Prozent anstieg, stellten Hausfrauen meist 90 Prozent der Seminar-Teilnehmerinnen. Obwohl der DEF der Zusammenarbeit von Hausfrauen und Berufstätigen besondere Priorität einräumte, um das in den evangelischen Frauenverbänden verbreitete christlich-bürgerliche Leitbild von der Frau als „Hüterin des Hauses“ aufzuweichen, begrenzte die starke Beteiligung von Hausfrauen die Reichweite der politischen Bildungsarbeit unweigerlich. Dies war wesentlich darauf zurückzuführen, dass viele Männer eine politische Betätigung ihrer Ehefrauen noch überaus kritisch betrachteten und zugleich das konservative Familienbild der CDU den politischen Aufstieg verheirateter Frauen erschwerte<sup>23</sup>.

Nicht übersehen werden darf jedoch, dass die äußerst niedrige Quote erwerbstätiger Frauen in den staatsbürgerlichen Schulungen des DEF auch auf das verhältnismäßig hohe Alter der Teilnehmerinnen zurückzuführen war, das in der frühen Bundes-

---

<sup>22</sup> Material hierzu in: AddF, DEF, K-16, A 10c, und K-16, A 10c (8), Juli 1958–Juli 1962; die folgenden Angaben zu den Teilnehmerinnen an den staatsbürgerlichen Schulungen finden sich ebenda.

<sup>23</sup> LKA Stuttgart, K 6, Nr. 195, Tätigkeitsbericht des Landesfrauenausschusses vom November 1952–Juni 1956.

republik zwischen 50 und 65 Jahren lag. Zwar hoben die Organisatorinnen immer wieder hervor, dass insbesondere die über 60-Jährigen, deren politische Sozialisation bereits in den Weimarer Jahren stattgefunden hatte, über fundierte Kenntnisse in politischen Fragen verfügten, doch konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass der DEF seit Ende des Zweiten Weltkriegs mit einem massiven Nachwuchsproblem zu kämpfen hatte. So rückte das Ziel, insbesondere jüngere Frauen auf die Übernahme eines Mandats vorzubereiten, in immer weitere Ferne, und der Anspruch, von den Parteien bei der Mandatsverteilung berücksichtigt zu werden, ließ sich schon in den 1960er Jahren mangels interessiertem politischen Nachwuchs kaum noch aufrechterhalten.

Indes erfasste die Nachwuchskrise nicht allein den DEF, sondern auch die Frauenhilfe. Da deren Abgeordnete ihre politische Legitimation überwiegend aus ihrem spezifischen Beitrag zur Behebung der „Not des Volkes“ in der Nachkriegszeit bezogen hatten und eine politisch-programmatische Neuausrichtung des Verbands eher schleppend verlief, gelang es auch der Frauenhilfe nicht, jüngere Mitglieder für ein politisch-parlamentarisches Engagement zu gewinnen. Zugleich traten auch die älteren Abgeordneten aus den Reihen der Frauenhilfe sukzessive den Rückzug aus den Parlamenten an. Sie gaben ihre Mandate entweder aus Altersgründen auf, wurden von der CDU nicht mehr nominiert oder nur auf hinteren Listenplätzen platziert.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Aufbruch in die Demokratie in der Ära Adenauer erwies sich der Versuch der evangelischen Frauenverbände, ihre Mitglieder zu einem verstärkten Engagement in Parteien oder politischen Verbänden zu motivieren, damit lediglich als zeitlich befristetes Projekt. Die Verbände wurden jedoch nicht unpolitisch. Vielmehr stellten die Leitungen der evangelischen Frauenverbände bereits zu Beginn der 1960er Jahre fest, dass die Mitglieder neue Beteiligungsformen suchten, die jenseits der etablierten Formen politischer Partizipation lagen<sup>24</sup>. Zwar konnten sich Formen unkonventionellen Engagements erst ein Jahrzehnt später unter Einfluss der Zweiten Frauenbewegung vollends durchsetzen, doch zeigten sich hier erste Symptome eines veränderten Verständnisses politischer Partizipation in den Reihen der evangelischen Frauenverbände.

---

<sup>24</sup> Ilse Haun, Sind Frauenverbände überholt?, in: Neue Evangelische Frauenzeitung 1 (1962), S. 7ff.